

Ethische Prinzipien und inhaltliche Kriterien als Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie

1. Überblick

Politische und gesellschaftliche Krisensituationen, wie sie spätestens seit 2008 nicht mehr zu übersehen sind, lassen überdeutlich erkennen, dass viele der hierzulande Verantwortung tragenden PolitikerInnen mit der Diskrepanz zwischen Realität und ihren eigenen Wahlversprechen nicht mehr zu recht kommen. Die Folge ist, dass sie durch verbale Ausfälle, verletzende Wortwahl und populistische Effekthascherei die Grundregeln des gegenseitigen Respekts missachten; auch dass sie ihre eigentliche Verantwortung für politisches Handeln an andere delegieren, anstatt nach neuen, gemeinsamen Wegen aus der Krise zu suchen. Diese inzwischen allenthalben sichtbar werdende korrumpierte politische Kultur der Verantwortungslosigkeit und der Eigensinnigkeit, fehlender Solidarität, verschwindenden Gemeinsinns - die die Glaubwürdigkeit politischen Handelns gefährden - kann weder durch parlamentarische Verhaltensordnungen oder detaillierte Moralkodices noch durch Ordnungsrufe und Strafsanktionen für die betroffenen Mitglieder parlamentarischer Gremien korrigiert werden. Die Reform einer politischen Kultur für PolitikerInnen, die ihr politisches Mandat gegenüber den Wählerinnen und Wählern verantwortlich wahrnehmen wollen, muss tiefer gehen und grundsätzlicher ansetzen:

- Sie muss die auf den humanistischen Traditionen unseres Landes beruhenden ethischen Verhaltensregeln auf ihre Relevanz für die demokratische Politik hin neu überdenken und durchbuchstabieren, in gleicher Weise aber auch neue, in der multikulturellen Vielfalt unseres Landes wurzelnde Ideen einbeziehen.
- Sie muss diese stärker als bisher in das allgemeine Bewusstsein der Menschen heben – und zwar derjenigen, die politische Verantwortung tragen oder erwerben wollen wie auch derjenigen, die durch Wahlen und Abstimmungen zur Kontrolle der Politik aufgerufen sind; dies kann auch durch Umverteilung von Ressourcen und Schaffung gleichartiger Ausgangschancen für alle gesteuert werden.
- Sie muss diese Regeln schließlich in einem permanenten Prozess der Evaluation auf ihre Anwendbarkeit im politischen Alltag überprüfen; es darf deshalb keinen ein für allemal geltenden Wertekanon geben, der unabhängig von konkreten Situationen und individuellen Schicksalen abrufbar ist.

Am Ende muss der internalisierte Umgang mit den politik-ethischen Regeln auf der Seite der PolitikerInnen zu einem solidarischen und verantwortlichen Agieren führen, in dem Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit und Authentizität gegenüber den WählerInnen ebenso wie gegenüber politischen PartnerInnen zu selbstverständlichen Instrumentarien politischen Handelns werden. Auf der Seite der Wählerschaft muss die Fähigkeit erlernt und immer neu eingeübt werden, populistischen Wahlversprechungen, unterschwellig fremdenfeindlichen Parolen oder unrealistischen Behauptungen, etwa zur

Befriedigung einzelner Interessengruppen, zu misstrauen und durch Demonstrationen, Abstimmungen und entsprechendes Wahlverhalten eine klare Absage zu erteilen. Dafür müssen messbare Kriterien entwickelt werden, die Populismus identifizieren lassen, wie belastbare Kostenschätzungen und Finanzierungsmodelle. Dazu müssen aber auch die Rechte von Gruppierungen, die rechtspopulistischen, rassistischen, diskriminierenden Anfeindungen ausgesetzt sind, gestärkt werden.

Die Wiederherstellung des Vertrauens in die Demokratie erfordert ethisch verantwortbares Handeln auf Seiten der in parlamentarische Gremien oder Regierungsämter Gewählten ebenso wie auf Seiten der WählerInnen, die in die Lage versetzt werden müssen, der Meinungsmacht von Medien und den billigen Versprechungen der MandatsträgerInnen zu widerstehen und deren Entgleisungen zu sanktionieren. Deshalb treten wir dafür ein, dass alle politischen Institutionen so strukturiert werden, dass ein Gleichgewicht von Macht und Kontrolle („check and balance“) entsteht, politische Mandate also stärker und noch mehr als bisher neu an die Basis zurückgebunden werden.

Ethisch verantwortliches Handeln in einer demokratisch orientierten Politik heißt immer, die durch ein Mandat gewonnene Machtstellung zur Verwirklichung politischer Ziele einzusetzen; insofern darf die Akkumulierung dieser Macht in Spitzenämtern nur diesem Ziel dienen und nicht zum Selbstzweck werden. Politisch-ethische Verantwortlichkeit heißt aber zugleich, dass politische Zielvorstellungen sich nicht nur am Wählerauftrag messen lassen müssen, sondern auch immanent einer inhaltlichen Begrenzung unterliegen. Dies gilt schon deshalb, weil auch der demokratische Staat über ein unbegrenztes Gewaltmonopol verfügt, das von seinen Repräsentanten leicht missbraucht werden kann. Es reicht dabei nicht aus, sich nach links und rechts abzugrenzen, den eigenen Spielraum nur von den Grenzen her (*ex negativo*) zu definieren – obwohl auch das wichtig ist (Dialogverweigerung bei extremistischen Positionen, wie nationalsozialistischen und antisemitischen Ideologien, wenn offensichtlich änderungsresistente Positionen vorhanden sind). Vielmehr müssen politische Leitwerte und Zielvorstellungen positiv formuliert werden, auf denen demokratisch-politisches Handeln ausschließlich basieren muss.

Zentrale Leitwerte politischen Handelns - die ja stets auf dem Prinzip der Menschenwürde aufbauen - sind nach dem aus vielfältigen historischen Wurzeln gespeisten humanistischen Verständnis die Prinzipien der Friedenswahrung und der Verhinderung von Gewalt, der ökologischen Verantwortung für die Umwelt und der sozialen Gerechtigkeit im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft.

- Gerechtigkeit bedeutet etwa, dass garantiert werden muss, dass Grundgüter, die wir zum Leben und zum Handeln unbedingt benötigen, für alle verfügbar sind (allgemeiner Grundgüterzugang).
- Gerechtigkeit bedeutet weiter, dass Schwächere, Benachteiligte und Ärmere nicht weiter an den Rand gedrängt werden, sondern durch in Pflichtnahme der Stärkeren und Reicherer einen Ausgleich erhalten. Dies zwingt zur ständigen Infragestellung von Ungleichheiten (etwa in der unterschiedlichen Entlohnung von Mann und Frau), mit der Folge, dass alle gleichermaßen zu jeder Zeit gleiche Chancen des Zugangs zu den ‚Segnungen‘ der Gesellschaft haben müssen. Zwischen

Menschen mit und ohne Behinderungen, verschiedener sexueller Ausrichtung, religiöser oder weltanschaulicher Fixierung darf es keine Unterschiede bei der Zuteilung staatlicher Leistungen geben (Ausgleich von Ungleichheiten).

- Gerechtigkeit bedeutet sodann, dass zur Entscheidung politischer Fragen alle in unserem Lande lebenden Menschen nach Erreichung des dafür notwendigen Alters direkt oder indirekt durch Abstimmungen oder Wahlen beteiligt werden müssen (Partizipationsgerechtigkeit)
- Eine weitere Dimension der Gerechtigkeit ist, dass nicht nur das individuelle und soziale Wohl der heute lebenden Menschen bedacht werden muss, sondern gleicher Weise auch das Wohl kommender Generationen (Prinzip der Nachhaltigkeit). Schon daraus lässt sich die Verantwortung für die Umwelt bzw. die Schöpfung im Sinne christlicher Ethik ableiten: Die Ressourcen der Natur dürfen nur soweit angegriffen werden, als sie sich regenerieren können und damit für unsere Kinder ebenso verfügbar bleiben.
- Zum Inhalt der Gerechtigkeit zählt auch, dass der Wohlstand des eigenen Landes zur Bereitschaft führen muss, an andere Länder davon abzugeben – und zwar nicht etwa durch wohlfeile Spenden aus dem eigenen Überfluss, sondern durch eigenen Verzicht auf Luxusstandards, durch Bescheidenheit im Lebensstil und eine Abkehr von der Wachstumsideologie (eine ‚Gesellschaft des Weniger‘).

Politik muss dafür sorgen, dass in einem Kanon ständig neu zu überprüfender Normen der Anspruch des Menschen auf Achtung seiner Menschenwürde, auf individuelle Gerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung realisiert werden kann. Aufgabe einer demokratisch-verankerten Politik muss es sein, Gefährdungen dieser Prinzipien rechtzeitig zu erkennen und darauf durch Festlegung und Durchsetzung von Normen zu reagieren, die auf eben diesen Prinzipien beruhen.

Da in jedem Fall der individuelle, ohne tragfähige soziale Eingebundenheit hilflose Mensch die Orientierungsmarke bildet, muss dieser auch bei allen politischen Entscheidungen, die über die Routine der Normdurchsetzung hinausgehen, eingebunden werden – wenn nicht durch Mechanismen der direkten Demokratie, so doch wenigstens durch die kommunikative Rückbindung der verantwortlichen Abgeordneten und Entscheidungsträger an die WählerInnen. Dem Amt des Bundespräsidenten kommt dabei, wenn es verantwortlich ausgeübt wird und dessen Amtsinhaber über eine nicht von einzelnen Parteien abgeleitete Autorität verfügt, eine wichtige Funktion zu: Von hier aus kann – anlassbezogen die Einhaltung wichtiger ethischer Prinzipien demokratischer Politik immer wieder neu von WählerInnen und Gewählten eingefordert werden – auch dies ein Mittel zur Überbrückung des Entfremdungsprozesses zwischen beiden.

Die Einforderung einer Erneuerung glaubwürdiger Politik ist So zugleich eine Forderung nach einer neuen inhaltlichen Substanz politischen Handelns, die angebunden bleiben muss an die Leitwerte der Friedenswahrung, der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt um des Menschen und der Natur selbst willen.

2. Bearbeitung

Da grundlegende Fragen politischer Ethik angesprochen sind, müssen die einschlägigen Werke (z.B. Nikolaus Knoepffler, *Angewandte Ethik*; Dietmar Miethz, *Kleine Ethikschule*; Marcus Düwell u.a., *Handbuch Ethik*; *Handbuch der christlichen Ethik 2* (Abschnitt „Verfassung, Politik, Recht“) genauer überprüft werden. All dies muss mit den programmatischen Grundsätzen der GRÜNEN Parteiprogramme verglichen werden.

3. Bündnispartner

Solche sind hier kaum von der Sache her denkbar. Theologen, die entsprechende Ansichten vertreten, sind fast ausschließlich protestantischer Provenienz (Uwe Gerber, Heinrich Bedford-Strohm), als Ethiker vor allem Nikolaus Knoepffler. Organisationen, die ein entsprechendes Konzept vertreten, gibt es nicht (sieht man von der BAG ChristInnen bei den GRÜNEN ab)

4. Offene Fragen

Ungeklärt ist, ob demokratisches Verhalten nur den formalen Bereich der „political correctness“ betrifft, oder ob das – von mir vertretene – Demokratieverständnis auch inhaltliche Festlegungen über Verfahrensfragen hinaus betrifft. Es muss noch geklärt werden, ob der Begriff der Menschenwürde für die Demokratiekonzeption in Anspruch genommen werden kann, aus dem sich weitere inhaltliche Folgerungen ableiten lassen (Gerechtigkeit, Frieden, Umwelt, Gewaltlosigkeit u.a.). Hier müssten auch die Diskussionen innerhalb der Politologie einbezogen werden, vor allem, soweit sie sich mit der Programmatik der Parteien beschäftigt haben.

5. Ziele

Ziel dieses Abschnitts muss es sein, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Demokratie mehr ist, als die Befolgung formaler Regeln (auch der Moral) und die Einhaltung bestimmter Verfahrenswege (wie Wahlen und Abstimmungen, Gewaltenteilung, Zuständigkeiten für politische Entscheidungen etc.). Es sollte deutlich werden, dass eine Demokratie nur auf der inhaltlichen Festlegung bestimmter Basiselemente funktionieren kann, bei denen der Mensch mit seinen Grundbedürfnissen und damit die Menschenwürde im Mittelpunkt stehen müssen.